



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

P/XII/115 - 20. Mai 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

Die Entscheidung der GVP	S. 1
Ein dunkles Kapitel Saargeschichte	S. 2
Herr von Eckart und die Sicherheit	S. 3
UNESCO-Institut für Publizistik	S. 4
Zu einem "Wirtschaftsartikel" in der FAZ	S. 5
Fankow und die Idee der Abrüstungszone	S. 8

Ein folgerichtiger Schritt

sp - Der Beschluss der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), sich aufzulösen und ihren Mitgliedern zu empfehlen, Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufzunehmen, bzw. ihr beizutreten, ist die logische Folge des seit mehreren Jahren von dem früheren Bundesinnenminister Dr. Dr. Gustav Heinemann unternommenen, aber vergeblichen Versuchs, dem Totalitätsanspruch der CDU in der deutschen Politik allein wirksam entgegenzutreten. Mit der gleichen Konsequenz, mit der Dr. Heinemann seinerzeit sein Ministeramt zur Verfügung stellte, als er erkannte, wie verderblich die Aufrüstungspolitik Adenauers für Deutschland ist, hat er auch jetzt gehandelt.

Die Sozialdemokratische Partei begrüsst den Schritt Heinemanns. Die politische Vergangenheit dieses Mannes bietet die Gewähr dafür, dass die von ihm und seinen Freunden getroffene Entscheidung das Ergebnis einer gründlichen Gewissensforschung ist, verbunden mit dem Erkennen der politischen Realitäten in der Bundesrepublik. Gegenüber einer Partei wie der CDU konnte Heinemann auf die Dauer nicht im Rahmen einer verhältnismässig kleinen Gruppe politisch wirksam werden. Er und seine Freunde haben mit ihrer Entscheidung ein Beispiel gegeben. Sie stellen sich, einem freien Entschluss folgend, der grossen Gemeinschaft von Gleichgesinnten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Verfügung, um mit dieser gemeinsam und gestützt auf deren Erfahrungen den Kampf um die Wende in der deutschen Politik weiterzuführen.

* * *

Die Hand Adenauers

sp - In Saarbrücken ist am vergangenen Sonntag trotz allem, was von offizieller CDU-Seite in Bonn behauptet wird, praktisch die Spaltung der CDU katage getreten. Hier wurde die Folge der von Anfang an falschen Saarpolitik Adenauers demonstriert.

Indirekt hatte Bonn versucht, den ehemaligen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann politisch zu rehabilitieren und das Abstimmungs-ergebnis vom 23. Oktober 1955, das eine Absage der Saarbevölkerung an die verfehlte Saarpolitik Adenauers war, zu verfälschen. Kenner der politischen Vorgänge im Saargebiet behaupten, Adenauer habe den bisherigen Landesvorsitzenden der CDU-Saar, Dr. Ney, "abservieren" wollen und dies notfalls sogar unter Umgehung der demokratischen Spielregeln. Wie es heißt, sei bei den Vorbesprechungen in Bonn von Adenauer mit dem Ausschluss des gesamten Landesverbandes aus der Bundes-CDU gedroht worden.

Inzwischen wird in Saarbrücken die Behauptung Johannes Hoffmanns hartnäckig kolportiert, Bonn habe längst erkannt, dass die CVP die CDU des Saarlandes sei. Diese Behauptung gewinnt durch das Auftreten von Mitgliedern des Bundesvorstandes der CDU auf dem Parteitag in Saarbrücken an Glaubwürdigkeit. Von diesen wurde nicht verhehlt, dass Adenauer im Saargebiet ein "Exempel" statuieren wollte, weil er befürchtete, eine offene Rebellion des Landesverbandes gegen seine politischen Absichten könnte eine Kettenreaktion auf Bundesebene auslösen.

Die weitere Entwicklung im Saargebiet ist zur Stunde noch völlig unklar. Eines aber ist sicher: Adenauer will den Totalitätsanspruch seiner Partei und seiner Politik auf das Saargebiet ausdehnen. Er will mit denen "abrechnen", die mit Recht, und bestätigt durch das Votum der Saarbevölkerung, seine Saarpolitik für falsch gehalten haben. Er scheut sich nicht, bei jenen Unterstützung zu suchen, die jahrelang die Separation des Saargebiets von Deutschland angestrebt haben.

"Isoliert" ?

FB. - Man ist es nachgerade in Bonn gewohnt, dass der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Herr von Eckart, ständig die Grenzen überschreitet, die ihm sein Amt setzt, vielmehr seine Hauptaufgabe darin sieht, Parteipropaganda zu treiben. Die Methoden, die der Bundespresseschef aber am Wochenende angewandt hat, um so etwas wie einen Wahl-Knüller gegen die SPD zu fabrizieren, überschreiten bei aller Duldsamkeit die Grenzen des Statthaften.

Ausgehend von der Presse-Konferenz des sozialdemokratischen Oppositionsführers glaubte er wieder einmal, die Purot vor dem Abzug der Amerikaner mobilisieren zu müssen, ein Rezept, das man im übrigen schon im Wahlkampf 1953 angewandt hat. In einem Interview mit dem Sonder Freies Berlin ging der Bundespresseschef auf eine gar nicht gestellte Frage auf dieses Thema ein und sprach davon, dass die SPD die Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins isoliert, auch ohne eine amerikanische Garantie, aufrechterhalten wolle. Zahlreiche Journalisten, die das aus der Presse-Konferenz des Oppositionsführers nicht herausgehört hatten, wurden vom Bundespresseschef selbst und Beamten des Presse- und Informationsamtes persönlich angesprochen und auf ihre angeblich falsche Berichterstattung hingewiesen.

Gegen diese Methoden des Presse- und Informationsamtes muss Verwahrung eingelegt werden. Wenn der Bundespresseschef die parteipolitische Auseinandersetzung wünscht, nun, dann soll er sich gefälligst in die parteipolitische Arena begeben.

Doch abgesehen davon ist es auch notwendig, etwas zur Sache festzustellen. Der im Bundestag eingebrachte sozialdemokratische Antrag, auf die Atombewaffnung der Bundeswehr zu verzichten und der Stationierung von atomaren Waffen auf deutschem Boden zu widersprechen, gilt noch wie vor in vollem Umfang. Es ist jedoch eine propagandistische Selbsttäuschung, diesen Antrag isoliert sehen zu wollen. Er gehört in den Zusammenhang der gesamten Alternative der sozialdemokratischen Wiedervereinigungs- und Sicherheitspolitik, die darauf hinausläuft NATO und Warschauer Pakt durch ein europäisches Sicherheitssystem abzulösen, in dem das wiedervereinigte Deutschland einzugliedern ist. Die Opposition hat hundertfältig - ohne dass Herr von Eckart das bisher zur Kenntnis zu nehmen geruhte, - erklärt, dass ein solches Sicherheitssystem nicht im luftleeren Raum schweben, sondern dass es nur verwirklicht werden kann, wenn es von den beiden entscheidenden Weltmächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, akzeptiert und garantiert und entsprechend der Satzung der Vereinten Nationen als regionales Sicherheitssystem anerkannt wird. Davon zu reden, dass die SPD die Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins "isoliert" aufrechterhalten wolle, ist eine bewusste Verdrehung.

Die neue Kampagne des Herrn von Eckart, der die CDU-Presse - siehe den heutigen Leitartikel in der Kölnischen Rundschau - bereitwillig folgt, zeigt aber, dass man nur noch im NATO-Schema zu denken versteht. Ein Schema, das Deutschland nicht die Sicherheit gibt, die es braucht, und den Weg zur Wiedervereinigung versperrt.

Auch die Sowjetunion beteiligt sich

D.Str. - Von drei von der UNESCO vorgesehenen sogenannten "Publizistikzentren" in Europa, Südamerika und im Fernen Osten, soll im Juli in Straßburg das europäische Institut seine Tore öffnen. Dieses Institut ist weder eine Journalistenschule noch eine akademische Einrichtung für Publizistik, sondern eine auf akademischem Niveau liegende Schulungsstätte für Journalisten und Zeitungswissenschaftler aus Europa, einschliesslich der Länder hinter dem "Eisernen Vorhang". Hier ist besonders die Tatsache bemerkenswert, dass der Dekan der journalistischen Fakultät der Universität Moskau bereits seine Mitarbeit zugesagt hat; akademische Leiter dieser Fakultät werden im Rahmen des Studienprogramms Vorlesungen halten. Zu näheren Besprechungen reist der Direktor dieses Instituts der UNESCO, das der Universität Straßburg angegliedert wird, Professor Dr. Jacques Léauté in diesen Tagen nach Moskau. Das Straßburger Institut der UNESCO wird eine Plattform der internationalen Publizistendiskussion werden, denn Professoren der Publizistik, Verleger und Journalisten aus Amerika, Europa, der UdSSR, Polen und Jugoslawien haben Teilnahme und materielle Unterstützung in Form von Stipendien zugesichert.

Dieses Institut, das auch angehenden Hochschullehrern der Publizistik offensteht und es als seine Anliegen ansieht, sie besonders zu fördern, gibt ihnen Gelegenheit, sich durch die Abhaltung von Vorlesungen auf ihre spätere Tätigkeit vorzubereiten.

Das neue europäische Zentrum der Publizistik, das im Juli seine Lehrstätigkeit aufnimmt, wird von einem Verwaltungsrat geleitet, dem je zur Hälfte Männer der aktiven Journalistik und Akademiker angehören. Von denen sind wiederum die Hälfte Franzosen, da das Institut der Universität Straßburg angegliedert ist, die andere Hälfte wird von Delegierten der am Institut beteiligten europäischen Nationen gestellt.

Professor Dr. J. Léauté nennt sein Werk ein UNESCO-Experiment, das auf westdeutscher Seite ein rotes Echo hervorgerufen hat. Der "Deutsche Journalistenverband" will das Institut fördern und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der um den internationalen

20. Mai 1957

Studentenaustausch seit Jahren gegenseitig benötigt ist, wird voraussichtlich Stipendien bereitstellen.

Eine "Session" des internationalen Zentrums für Publizistik dauert 12 Wochen. Davon wird der UNESCO-Stipendiat oder auch derjenige Student oder aktive Journalist, der sein Studium an diesem Institut selbst bezahlt, sechs Wochen in Straßburg an der Akademie selbst bleiben, während er in den anderen 6 Wochen die praktische Seite der Publizistik (Presse, Funk, Fernsehen, Film) in den Hauptstädten europäischer Staaten studiert. Wenn es die internationalen Gegebenheiten erlauben, sind die europäischen Staaten des Ostblocks von diesen Besuchen durchaus nicht ausgeschlossen, da sie auch - wenigstens zum größten Teil - der UNESCO angehören.

* * *

"Sozialismus und Preise"

RAP. - Gewiss hat kein politisch interessierter Mensch in der Bundesrepublik anzunehmen können, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" sei parteipolitisch unabhängig und neutral. Selten hat jedoch diese Zeitung eine so unverhüllte Wahlpropaganda für die CDU/CSU getrieben wie in dem Artikel "Sozialismus und Preise" von Alex Heffner auf Seite 2 der Nummer 114 vom 17. Mai 1957.

Es ist eine eigene Art von Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspolitik und allgemeiner Geistesverfassung, die dem Leser in jenem Artikel vorgesetzt wird. Gelegentlich könnte sogar der falsche Eindruck entstehen, der Artikelschreiber wolle den nachdenklicheren Leser davon abschrecken, in der Wahl zum Bundestag seine Stimme der CDU/CSU zu geben. Ein solcher Eindruck wäre aber so oberflächlich wie der Artikel selbst ist. Der Artikel ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie wenig in der deutschen Politik das Gefühl für und das Bewusstsein von der öffentlichen Sache, also das eigentliche Politische, ausgebildet sind.

Den deutschen Unternehmern wird bescheinigt, dass sie die preisdämpfende "Selbstdisziplin", mit der sie dem Aufruf Erhards angeblich

gefolgt sind, gegenüber einem "linkstehenden Wirtschaftsminister" nicht leisten würden. Überlassen wir es den Unternehmern, sich gegen diese Unterstellung zu wehren; noch wollen wir ihnen mehr Vernunft und Anstand zutrauen. Es ist ja wohl hier wie überall unzulässig, den verallgemeinernden Plural zu verwenden.

Kerr Haffner hält es nicht für eine "vage Prophezeiung", wenn er neue "Lohn- und Preissteigerung" für den Fall einer sozialistischen politischen Führung voraussagt, und er verweist auf die "deutliche Sprache", die der Währungsverfall in anderen Ländern mit vorherrschendem sozialistischem Einfluss angeblich spricht...

Nur hat der USA-Dollar seit Jahrzehnten eine langsam zunehmende Entwertung durchgemacht; es ist aber noch nicht bekannt geworden, dass die wechselnden politischen Führungen in den Vereinigten Staaten unter "sozialistischem Einfluss" gestanden haben. Gerade jetzt verteidigt der republikanische Präsident Eisenhower seinen Rekordtat in der Öffentlichkeit gegen den Kongress!

Die "alte marxistische Lehre vom Mehrwert" muss erst bemächtigt werden, um zu "beweisen", dass die ans Ruder gekommenen Sozialisten einen grösseren Anteil am Sozialprodukt für die Arbeitnehmer in Form von höheren Löhnen beanspruchen werden. Hierin liegt wiederum die primitive Theorie von der "Lohn-Preis-Spirale" versteckt. Die Arbeitnehmer in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Ländern haben jedoch niemals etwas von der Mehrwerttheorie erfahren und beanspruchen dennoch einen steigenden Anteil am Sozialprodukt, was von ihren Arbeitgebern als mehr oder weniger selbstverständlich hingenommen wird.

Der Verfasser des Artikels in der FAZ ist der Ansicht, dass wohl niemand den sozialistischen Charakter des "Wohlfahrtsstaates" bestreite. Es ist schade, dass unsere kritische Stellungnahme nicht zu einer historisch-soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Darstellung über Herkunft und Werden des "Wohlfahrtsstaates" sowie zu einer Untersuchung über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Wohlfahrtsstaat werden kann. Kürzlich war ein schwedischer Professor und konservativer Politiker namens Gunnar Heckscher - Sohn eines inzwischen verstorbenen Wirtschaftshistorikers von Weltrang - in der

Bundesrepublik und verwunderte sich über die hier herrschende merkwürdige Auffassung vom Wohlfahrtsstaat, über dessen Prinzipien die Parteien in Schweden keine Meinungsverschiedenheiten hätten. Herr Haßner glaubt den Wohlfahrtsstaat in "Fürsorgeleistungen" erkennen zu müssen und hält also den Sozialismus, den er ja mit seiner Vorstellung vom Wohlfahrtsstaat identifiziert, offenbar für ein System von Fürsorgeleistungen. Tadelnswerter Wohlfahrtsstaat und Sozialismus ist es auch, die Renten, Löhne und Gehälter den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzugleichen, deren Vorhandensein ja nicht gelugnet, deren Ursachen aber nicht nach achtjährigem CDU-Regime aus zur Wirkung gekommenen sozialistischen Dogmen erklärt werden können. Nicht die steigenden Lebenshaltungskosten, sondern die Angleichung der Masseneinkommen machten "die schleichende Inflation vollends zur Norm".

Die gleiche grosse Gefahr liegt darin, "ausse eine sozialistische Wirtschaftspolitik die Vollbeschäftigung bei steigenden Lebensstandards zum Ideal erhebt, Arbeitslosigkeit unter allen Umständen vermeiden will und zu diesem Zweck die 'expansive' oder 'aktive' Lohnpolitik ansetzt".

Hier muss man Goethe zitieren: "Du glückest dem Geist, den Du begreifst !" Die SPD hat in vielen Veröffentlichungen, an denen anerkannte Wirtschaftswissenschaftler mitgearbeitet haben, das ganze Instrumentarium einer aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik gezeigt, das sie im Gegensatz zu den Mitarbeiter der FAZ kennt und anzuwenden gewillt ist. "Dass die Löhne bei jeder von Sozialismus untrennbaren Preiserhöhung im Vordergrund stehen, macht ja die letztere zum grössten Teil unwiderruflich", ist im ersten Teil des Satzes schlicht und schlecht eine Verleumdung, im zweiten Teil ein Bekenntnis der ökonomischen Unbildung. Das berühmte "Lieschen Müller" wird sich fragen, ob denn Herr Erhard und sein Convivium Sozialisten sind, weil ja nachgewiesenermassen die Preise in der Bundesrepublik unaufhaltsam gestiegen sind. Nein, sagt Herr Haßner, sie sind keine Sozialisten, sondern "durch einen sozialistischen Wahlsieg kämen wir also vom Regen in die Traufe".

Haben Sie eigentlich gemerkt, lieber Leser, dass der Artikelschreiber in der FAZ die Öffentliche Sache, die man Bundesrepublik

Deutschland nennt und um die es bei der Wahl zum Bundestag geht, nur vom Gewinn, vom Preis, vom Geld, vom Lohn usw. her betrachtet? Es gibt dafür einen Fachausdruck: "Ökonomismus". Viele Leute, meist der CDU/CSU geistig und politisch anhängend, verwenden dafür lieber das Wort "Materialismus". Lassen Sie sich bitte durch eine solche Haltung nicht von der Politik abschrecken, sie gehört eigentlich nur zum Weser des Unpolitischen.

* * *

Unsicherheit, Ratlosigkeit und Bestürzung

ler- Die Äußerung eines Botschaftssekretärs an der Ostberliner sowjetrussischen Botschaft, im Gespräch mit westlichen Journalisten gefallen von der SED-Prese natürlich verschwiegen, lässt aufhorchen. Er sagte, die von Ulbricht geforderten Vorbedingungen für eine Wiedervereinigung sollte in Westdeutschland nicht überbewertet werden, da durch ein allgemeines Abrüstungsabkommen eine neue Situation geschaffen würde. Hier liegt unseres Wissens die erste Andeutung vor, wenn auch nicht von hochoffizielle russischer Seite, zu ganz neuen Entscheidungen in der Deutschlandfrage zu gelangen, falls die Idee der Rüstungs- und Inspektionskontrolle für Mitteleuropa sichtbaren Niederschlag in konkreten Verhandlungsergebnissen finden würde. Anscheinend sind die Sowjetrussen gar nicht abgeneigt, am offiziell verkündeten Tabu, die Wiedervereinigung sei nur eine Angelegenheit von Bonn und Pankow, unbedingt festzuhalten - auch die sowjetrussische Diplomatie ist elastisch und anpassungsfähig, sofern sich neue Situationen ergeben. Das hat recht anschaulich die Entwicklung in Polen und ihre Rückwirkungen auf das polnisch-russische Verhältnis bewiesen.

Jede auch stapperweise eintretende Entspannung zwischen West und Ost stellt die Existenz des SED-Regimes in Frage. Der Ulbricht-Staat ist ein Produkt des Kalten Krieges, aber die westlichst vorgeschobene Position des russischen Machtbereiches verliert an Bedeutung, wenn Moskau, um der erhöhten eigenen Sicherheit willen, das Arrangement mit den Vereinigten Staaten auf dem Umweg der Schaffung einer Inspektionszone als ersten Schritt zu einer globalen Verständigung glücken sollte. Dass sich Moskau dieses Ziel nicht durch einen Ulbricht würde verbauen lassen, wissen die Machthaber Pankows aus eigener Erfahrung nur allzu gut. Immer noch sind sie, was sie auch in der Vergangenheit waren: Schachfiguren im Moskauer Deutschland-Spiel, die geopfert werden, wenn es Moskau höhere Interessen erfordern.

So schwankt denn die Stimmung in Pankow angesichts der sich anbahnenden Möglichkeit eines sowjetrussisch-amerikanischen Akkords in der Frage einer begrenzten Abrüstung mit gegenseitiger Kontrolle zwischen Unsicherheit, Ratlosigkeit und kaum verhohlener Bestürzung. Der dann unvermeidliche Abrüstungsprozess der sogenannten DDR bliebe nicht ohne schwerwiegende Folgen, sowohl was die gegenwärtige Stellung Pankows als Klammer über unruhige Staaten im Ostblock betrifft als auch hinsichtlich seiner angemassten Rolle als Verhandlungspartner in der Frage der Wiedervereinigung. Kein Wunder, wenn nun Herr Ulbricht zur Sicherung seiner wankenden und in ihrer Wurzel bedrohten Herrschaft den Kalten Krieg auf innerdeutscher Ebene zu erhalten versucht. Bonn sollte ihm nicht den Gefallen tun, ihm in dieser Richtung zu folgen. Ein Gleichklang der Interessen wäre fatal. Wenn Pankow durch das Verbot von Studentenreisen in die Bundesrepublik den Eisernen Vorhang dichter schließt, so besteht für die Bundesrepublik umso mehr Anlass, durch Großzügigkeit und aktive Förderung des innerdeutschen Verkehrs den Isolierungsdrang Pankows zu bremsen. Das Wiedervereinigungsprogramm des DGB weist dazu viele Wege.

* * *